

„Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf Mobilität und Transport in Baden-Württemberg“

Sehr geehrte/r Frau/Herr Landtagspräsident/in,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wenn man täglich die Bilder aus der Ukraine sieht, stockt einem der Atem. Dort wird einem Volk der Boden unter den Füßen weggezogen, die Grundlage zum Leben, und viele tausende unschuldige Menschen sterben. Unfassbar – unsäglich, was da passiert. Täglich!

Wir in Rest-Europa stehen unter unheimlichen Herausforderungen, auch wenn sie im Vergleich mickrig wirken. Die Ukraine-Krise erfordert eine große gemeinsame Kraftanstrengung von Europa, Bund, Ländern und Kommunen und auch den Bürgerinnen und Bürgern. Einerseits um den Krieg so schnell wie möglich zu beenden und den Geflüchteten zu helfen, andererseits aber auch die Krisen in unserem Land aufzufangen.

Auch im Bereich der Mobilität gibt es große Aufgaben: Gerade den Sektor der Personenbeförderung wie auch den der Logistikbranche trifft es massiv. Eine wesentliche Auswirkung des Krieges bei uns sind extreme Preissteigerungen bei fossilen Treibstoffen. So wird die Mobilität für Menschen und Güter deutlich teurer.

Denn bisher haben die Speditionen diese Transportkosten noch nicht weitergeben – normalerweise geschieht das mit einer Verzögerung von drei Monaten. Doch nachdem die Dieselpreise durch die Decke gegangen sind, sind Unternehmen in so kurzer Zeit bereits belastet worden. Die Logistikbranche muss bereits nach einem Monat Krieg – jetzt – den Kraftstoffzuschlag auf die Rechnung setzen. Hier greift das Paket der Bundesregierung und gleicht die Preise im Transportwesen aus.

Aber ich möchte heute den Fokus auf den öffentlichen Verkehr und die Verkehrswende legen.

Im Bereich der Busunternehmen – die ebenfalls von den massiv gestiegenen Treibstoffkosten belastet sind - hat Verkehrsminister Winfried Hermann schnell gehandelt und der Busbranche 180 Millionen Euro zugesichert - aus dem Rettungsschirm und der Vorwegzahlung von öffentlichen Fördergeldern.

Das zielt genau auf das ab, was wir brauchen – den Erhalt des ÖPNV-Angebots sowie der Verkehrsunternehmen – flächendeckend und damit die Gewährleistung der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Denn wir brauchen weiterhin ein Angebot im ÖPNV nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land, damit die Menschen zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen kommen.

Deshalb sind wir der Bundesregierung **dankbar**, dass sie nicht nur für eine Erleichterung an den Zapfsäulen der Tankstellen sorgt, sondern dass sie mit dem „9 für 90“-Ticket im Blick hat:

Wir brauchen einen finanziell leistbaren ÖPNV. Und der ÖPNV wird somit zur wirtschaftlicheren Alternative angesichts hoher Spritpreise für die Pkw. Ökologisch vorteilhafter und gut für das Klima waren Busse und Bahnen schon längst.

Eine prima Idee, mit einem dreimonatigen Angebot von 9 Euro pro Monat, den öffentlichen Nahverkehr wesentlich günstiger zu gestalten. Jedoch bleiben Fragen offen! Und genau darum geht es jetzt, aus einer sehr gut gemeinten Idee, auch ein sehr gutes Angebot für die Menschen im Land zu machen, das gleichzeitig die Verkehrsverbünde und unsere Bus- und Bahnunternehmen organisatorisch nicht überlastet.

Niemand kann bei einem Monatsticket von 9 Euro behaupten, der ÖPNV sei zu teuer. Alle Menschen, die nicht zwingend auf ein Auto angewiesen sind, können so Busse und Bahnen nutzen. Das führt zu weniger Verkehr und damit weniger Treibstoffverbrauch und trägt dazu bei, die Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen schneller zu schrumpfen und die Finanzierung des verbrecherischen Putin-Regimes zu schwächen. 2,5 Milliarden Euro hat der Bund für die Vergünstigung im ÖPNV erst einmal angedacht. **Das ist eine Menge Geld!**

Die Idee des „9 für 90“-Tickets ist aber nicht ganz zu Ende gedacht, so dass jetzt in einer Arbeitsgruppe zwischen Bund und Ländern die schnelle Umsetzung und Details geregelt werden müssen. Es ist **gut** und **richtig**, hier die Länder mit ihrer Expertise nicht zu übergehen.

Aber: Meines Erachtens ist es zu kurz gedacht, die günstigeren Tickets ausschließlich online verkaufen zu wollen. Schon da lassen wir doch Menschen sprichwörtlich an der Bushaltestelle stehen. Und wie steht es um Pendlerinnen und Pendler, die über Verbundgrenzen hinweg fahren – zahlen diese dann zweimal 9 €? Das ist nicht klar.

Den von den Ländern unterbreiteten Vorschlag, anstatt des 9-Euro-Tickets einen dreimonatigen Nulltarif einzuführen, lehnen die Herren Verkehrs- und Finanzminister des Bundes kategorisch ab. Schade! - Wir haben mit unserem Abo-Sommer in Baden-Württemberg während der letzten beiden Corona-Sommerferien durchweg gute Erfahrungen gemacht und die Verbünde konnten dies durch die zur Verfügung gestellten Ausgleichszahlungen gut mitgehen.

Und wo die Rechnung auch nicht aufgehen wird, ist, wenn das „9 für 90“-Ticket von den originär für die Länder gedachten Regionalisierungsmitteln beglichen werden soll. Der Bund kann sich mit diesem Ticket nicht dem Versprechen entziehen, sich mehr für die Attraktivität des ÖPNV einzusetzen. Die Länder brauchen **dringend** die im Ampel-Koalitions-Vertrag **versprochene** und von der Verkehrsministerkonferenz der Länder einstimmig geforderte Erhöhung der Regionalisierungsmittel, um einerseits die auch im Schienenpersonennahverkehr gestiegenen Kosten aufzufangen, und um andererseits den notwendigen Angebotsaus-

bau zu finanzieren. **Wir brauchen diese Erhöhung noch in diesem Jahr.** Ein zukunftssicherer ÖPNV heißt **mehr Fahrzeuge, mehr Linien, dichtere Takte und mehr individuelle Angebote** - gerade für den ländlichen Raum.

Und das gerade wegen der stark gestiegenen Energiepreise, die sich im ländlichen Raum stärker auswirken, weil der Pkw noch das prägende Verkehrsmittel für einen Großteil der Mobilitätsbedürfnisse ist!!!

Bereits vor der Ukraine Krise – im letzten Jahr - führten wir hierzu eine Debatte in diesem Haus. Wir haben in unserem Land mit der ÖPNV-Strategie die Antwort zum Ausbau einer nachhaltigen Mobilität schon in der Tasche: **Die Mobilitätsgarantie bietet eine verlässliche Daseinsvorsorge.**

Ein weiterer Punkt: Was wir aus Gründen des Klimaschutzes, des Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit sowie aus Aspekten der Lebensqualität und des Gesundheitsschutzes schon immer gesagt haben, ist jetzt umso wichtiger. **Wir müssen raus aus der fossilen Mobilität.** Je mehr Menschen aufs Rad, in den Bus und in die Bahn steigen oder ein E-Fahrzeug nutzen, desto schneller erreichen wir eine Unabhängigkeit von menschenrechtsverletzenden Regimen und Kriegen ums Öl.

Wären wir da schneller gewesen und nicht an zu vielen Stellen von der ehemaligen Großen Koalition in Berlin konsequent ausgebremst worden, dann hätten wir heute wesentlich weniger Sorgen. Das ist jetzt nicht mehr zu leugnen!

Übrigens: Wir haben gut daran getan, bereits mit dem Haushalt 2022 die E-Lade-Infrastruktur mit 23 Millionen zu fördern.

Ein Appell an den Arbeitskreis des Bundes mit den Ländern: Schaffen Sie einen finanziellen Ausgleich mit Lenkungswirkung, der Allen zugutekommt! Wir brauchen kein Strohfeuer mit Verpuffungseffekt.

Und wir müssen die soziale Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger gleich im Blick haben. Die hohe Inflation frisst schon jetzt ihr Erspartes auf. Und die Lieferketten-Probleme führen zu Lieferstaus. Das macht Waren noch teurer. Viele Familien müssen sich genau überlegen, wofür sie ihr Geld ausgeben. Jeder Euro Mehrausgabe bedeutet Verzicht in einem anderen Bereich. So ist übrigens in Zukunft der Zweitwagen auf dem Land keine finanzielle Selbstverständlichkeit mehr und auch da muss der ÖPNV als Alternative zur Verfügung stehen. Wir müssen zusammen mit den kommunalen Aufgabenträgern die Daseinsvorsorge aller Menschen gewährleisten und da gehört zur kommunalen Versorgung auch die Öffentliche Mobilität dazu.

Lassen Sie uns das Geld, zukunftsicher verwenden. Denn wir bezahlen unsere Energie berechtigter Weise nicht in Rubel – aber wir können als Staat den Euro auch nur einmal ausgeben. Da müssen wir uns genau überlegen, mit welcher Lenkungswirkung und Breitenwirkung wir dies tun.

Außerdem sollten wir erneut über die Temporeduktion auf Straßen diskutieren und über autofreie Sonntage! Damit kann man effektiv Kosten minimieren, wichtige Energieressourcen sparen und gleichzeitig aktiv den CO2-Ausstoss reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss eine Analogie zur Energiewende ziehen. Seit dem brutalen Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine sprechen politische Mitbewerber von erneuerbaren Energien als „Freiheitsenergien“. Und es ist gut, dass viele das **jetzt** auch verstanden haben. Hart ist nur, dass es für den Sinneswandel solche Auslöser geben musste. Unser Ministerpräsident ist gestern darauf ja deutlich eingegangen und hat die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte deutlich gemacht.

Wie bei der Energiewende verhält es sich auch mit der Verkehrswende. Je schneller wir aus der Abhängigkeit von fossilen Energiequellen aussteigen, desto besser für das Weltklima. Je schneller es uns gelingt mehr Menschen vom Umstieg in den ÖPNV oder aufs Rad zu überzeugen, je schneller es uns gelingt, klimaneutrale, strombasierte Antriebe in unseren Pkw, Lkw oder Bussen umfassend zu etablieren, desto weniger werden wir erpressbar durch Despoten wie Wladimir Putin. Und damit ist die Verkehrswende nicht nur ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Nein, die Verkehrswende ist auch ein unersetzlicher Bestandteil zur Lösung der sozialen Fragen, die sich durch den Ukraine-Krieg **jetzt** verschärft. Und die Verkehrswende ist damit

auch ein wesentliches Element **für Frieden und Freiheit in Europa**. Lassen Sie uns diesen Weg – weg von den fossilen Antrieben - jetzt weiter, konsequent und **gemeinsam** gehen. Hier müssen auch andere Parteien sich schneller bewegen und deutlich an Tempo gewinnen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!